

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**39. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.05.2018	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:48 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ingo Schaffenberg- SPD	Vertretung für: Herrn Andreas Sanke- witz	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)		
Heidemarie Menorca- CDU		
Peter Petereit- SPD		
Ulrike Siebdrat- SPD		
Henning Stabe- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Nil Gersdorf- CDU		
Timo Jeguschke- FDP	Vertretung für: Herrn Joachim Schlitz- ke	
Jean Paul Köpsell- SPD		
Volker Nehrhoff- CDU	Vertretung für: Herrn Thalau, Thomas	
Christian Steen- SPD	Vertretung für: Herrn Ingo Schaffen- berg	
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE		
Verwaltung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Katharina Belchhaus- Stadtplanung und Bauordnung		
Anja Blank- Soziale Sicherung		
Monika Borso- Jobcenter Lübeck		
Katja Elstner-		
Manuel Hertz- FBC FB2		

Ulrich Kewitz-	
Philipp Köhler-	
Julia Schiffner- Gesundheitsamt	
Claudia Schwartz- Soziale Sicherung	
Anke Seeberger- 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Matthias Wulf- Soziale Sicherung	
Protokollführung	
Britta Bormann- Soziale Sicherung	
Gäste	
Helmut Müller-Lornsen- FB 2	nur ÖT
Katja Mentz- grün+alternativ+links (GAL)	zu TOP 8.1
Christian Rettberg- Behindertenbeauftragter	nur ÖT
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Andreas Sankewitz- SPD	fehlt entschuldigt
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Bernd Mewes- BfL	- nicht anwesend -
Natalie Regier- BfL	- nicht anwesend -
Joachim Schlitzke- FDP	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.03.2018
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Bericht über die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Quote von 30 % gefördertem Wohnungsbau im 1. Förderweg in der Verwaltungspraxis (5.610) Vorlage: VO/2018/05863
6.2.	Jahresbericht 2017 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2018/05963
7.	Beschlussvorlagen
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.1.	Grundrecht auf Internetzugang Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 22.02.2018 Vorlage: VO/2018/05923
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 08.05.2018 Vorlage: VO/2018/06042
9.2.	Herr Wulf: Gesund älter werden - Lübeck im Dialog 10 Jahre Leben und Wohnen im Alter (Veranstaltung am 22.06.2018 im Rathaus)
9.3.	Schreiben des Herrn Amon - Mobile Dienste - vom 21.02.2018 an den Ausschussvorsitzenden

10.	Anfragen/Antworten
10.1.	Sprachkurse für Flüchtlinge und Teilnahme zwecks Integration -Anfrage AM Michelle Akyurt- Vorlage: VO/2018/05687
10.2.	Die Situation der Lübecker Tafel -Anfrage AM Michelle Akyurt- Vorlage: VO/2018/05885
10.2.1.	Antwort auf Anfrage "Die Situation der Lübecker Tafel" (Anfrage AM Michelle Akyurt) Vorlage: VO/2018/05942
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern
11.1.	AT zu Antrag des AM Rolf Klinkel [GAL]: Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung [VO/2017/05453] Vorlage: VO/2017/05479
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der stellv. Vorsitzende eröffnet die 39. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Rettberg und Herrn Müller-Lornsen (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit und dankt den ausscheidenden Mitgliedern des Ausschusses für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Unter dem TOP 9 – Mitteilungen aus dem Fachbereich 2 – werden weiterhin folgende Mitteilungen gegeben:

9.3 Schreiben des Herrn Amon – Mobile Dienste – vom 21.02.2018 an den Ausschussvorsitzenden

Herr Klinkel erklärt, dass er seinen Antrag zu TOP 11.1 „Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung“ zurückzieht.

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

zu 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.03.2018

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5	Mitteilung des Vorsitzenden
-------------	------------------------------------

Der Vorsitzende verweist auf die vor Sitzungsbeginn umverteilte Liste mit den Terminen für die Sommerfeste in den SIE.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

zu 6.1	Bericht über die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Quote von 30 % gefördertem Wohnungsbau im 1. Förderweg in der Verwaltungspraxis (5.610) Vorlage: VO/2018/05863
---------------	---

Frau Belchhaus fasst die wesentlichen Punkte aus dem Bericht zusammen.

Herr Petereit sieht die Sicherung der 30%-Quote nur im Geschosswohnungsbau (siehe Seite 8 des Berichts) kritisch. Es sollten auch Einfamilienhäuser/Reihenhäuser Berücksichtigung finden.

Herr Klinkel teilt diese Auffassung.

Fragen von Frau Menorca (Bestand Mietvertrag bei Ablauf des Bindungszeitraums) beantwortet Frau Elstner. Frau Menorca regt an, die Erkenntnisse des Fachtags „Sozialer Zusammenhalt in Nachbarschaften“ in die Planungen einzubeziehen.

Frau Akyurt stellt fest, dass die Formulierung des Bürgerschaftsbeschlusses vom 28.01.2016 durch den Bereich Soziale Sicherung in einigen Punkten anders ausgelegt wird als von der Bauverwaltung. Die Bürgerschaft werde den zugrundeliegenden Antrag daraufhin überprüfen müssen.

Abschließend spricht Herr Wulf.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6.2	Jahresbericht 2017 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2018/05963
---------------	---

Auf Nachfrage von Frau Menorca erklärt Herr Rettberg zu Ziffer 4.4. des Berichts (Hansemuseum), er werde nun Kontakt zum Hansemuseum aufnehmen und über das Ergebnis in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

Frau Schwartz regt an, die Angelegenheit in der Steuerungsgruppe behinderter Mitbürger zu thematisieren. Frau Menorca fragt sich, ob dort nicht evtl. die nächste Sitzung der Steuerungsgruppe stattfinden könne.

Frau Akyurt fragt nach dem Umsetzungsstand zu Ziffer 6.1 (Einrichtung eines Behindertenbeirates). Herr Rettberg erwidert, Herr Lindenau habe ihm eine diesbezügliche Umsetzung bis September d.J. zugesagt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7 Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 8.1 Grundrecht auf Internetzugang Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 22.02.2018 Vorlage: VO/2018/05923
--

Antrag:

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.10 mit VO Nr. 5763 den nachstehend aufgeführten Antrag der GAL-Fraktion mit Mehrheit **abschließend** an den Ausschuss für Soziales überwiesen:

Flüchtlingen, die in einer von der Diakonie angemieteten Wohnung leben, wird es nicht länger untersagt, einen Internetvertrag auf eigene Kosten abzuschließen.

Die Hausordnung der Diakonie wird entsprechend geändert.

Frau Mentz begründet ihren Antrag.

Herr Kewitz und Frau Schwartz führen die Gründe auf, die zu der Regelung in der Hausordnung der Diakonie geführt haben:

- Ungleichbehandlung (dieser Punkt entfällt mit der beschlossenen WLAN-Einführung in Gemeinschaftsunterkünften ohne abgeschlossene Wohnungen)
- Umzüge nicht planbar; die preisgünstigen Verträge haben eine Laufzeit von 2 Jahren; es besteht das Risiko, dass die Betroffenen diese Verträge weiter bedienen müssen, ohne sie nutzen zu können
- Bereich der ordnungsrechtlichen Unterbringung

Die beiden letztgenannten Gründe haben weiterhin Bestand.

Der Antrag wird kontrovers diskutiert.

Es sprechen Frau Zunft (unterstützt den Antrag, verweist auf das Selbstbestimmungsrecht), Frau Akyurt (stimmt dem Antrag ebenfalls zu, mündige Bürger, Vertragsautonomie, Verschuldung eigenes Problem), Frau Menorca (spricht von einer Schuldenfalle), Frau Mentz (es gibt monatlich kündbare Verträge, Hinweis in die Hausordnung aufnehmen und Risiko aufzeigen), Frau Schwartz (Vertragslaufzeit und Anbieter können aufgrund des Selbstbestimmungsrechts nicht vorgegeben werden) und Herr Petereit (der HL dürfen keine Kosten entstehen).

Herr Weidmann (Gemeindediakonie, im Publikum) verweist – nachdem ihm der Vorsitzende Rederecht erteilt hat – auf die o.a. Ausführungen von Frau Schwartz und Herrn Kewitz.

Herr Petereit erklärt, der Antrag sei falsch formuliert und nicht zielführend. Die Diakonie als *Auftragnehmer* könne nicht gezwungen werden, ihre Hausordnung zu ändern. Vielmehr müsse die Verwaltung als *Auftraggeber* in die Pflicht genommen werden.

Herr Petereit, Frau Akyurt und Frau Mentz schlagen daher folgenden

Änderungsantrag vor:

Flüchtlingen, die in einer abgeschlossenen Wohnung einer Gemeinschaftsunterkunft leben, wird es nicht länger untersagt, einen Internetvertrag auf eigene Kosten abzuschließen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag in der geänderten Fassung zuzustimmen.

zu 9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
-------------	---

zu 9.1	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 08.05.2018 Vorlage: VO/2018/06042
---------------	---

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2	Herr Wulf: Gesund älter werden - Lübeck im Dialog 10 Jahre Leben und Wohnen im Alter (Veranstaltung am 22.06.2018 im Rathaus)
---------------	--

Herr Wulf bittet um rege Beteiligung an der Veranstaltung, bei der vor allem BürgerInnen, Politik, Freie Wohlfahrtsverbände und Wohnungswirtschaft in Dialog treten sollen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3	Schreiben des Herrn Amon - Mobile Dienste - vom 21.02.2018 an den Ausschussvorsitzenden
---------------	--

Frau Blank führt folgendes aus:

Herr Amon wendet sich gegen die seit Jahren gängige Praxis des Bereiches Soziale Sicherung, dass ambulante Pflegeleistungen bei Pflegestufe 0 bzw. Pflegegrad 1 nur mit 60 % vergütet werden.

Hintergrund ist, dass es für diese Vergütung keine gesetzliche Grundlage gibt und dass gemäß dem Bedarfsdeckungsgrundsatz in der Sozialhilfe die geringere Vergütung entsprechend dem geringeren Pflegeaufwand festgesetzt wurde.

Die Rechtslage wurde Herrn Amon bereits in einem Schreiben von Herrn Senator Schindler dargestellt; dieses hatte sich zeitlich mit dem Anschreiben an den Vorsitzenden überschritten.

Eine Rückmeldung auf dieses Schreiben erfolgte bisher nicht.
Herr Amon wird nun noch einmal entsprechend informiert.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10	Anfragen/Antworten
zu 10.1	Sprachkurse für Flüchtlinge und Teilnahme zwecks Integration -Anfrage AM Michelle Akyurt- Vorlage: VO/2018/05687

Anfrage:

Zum Thema Sprachkurse für Flüchtlinge und Teilnahme zwecks Integration werden folgende Fragen gestellt:

1.) Wieviele Flüchtlinge haben an Sprachkursen/Integrationskursen/berufsfördernden Sprachkursen seit 2015 teilgenommen? Bitte Angaben sortiert nach Jahren, Geschlecht, Herkunft, Altersgruppen und Anbieter?

2.) Wieviele Flüchtlinge haben erfolgreich diese Sprachkurse absolviert.

Bitte Angaben aufgegliedert wie in Frage 1.).

3.) Wieviele Flüchtlinge schaffen die Abschlussprüfung trotz Ablegens der Prüfung nicht?

Was sind die Gründe hierfür? Bitte Angaben aufgegliedert wie in Frage 1.).

4.) Wieviele Flüchtlinge brechen Sprachkurse ohne Ablegen der Prüfung vorzeitig ab? Was sind die Gründe hierfür?

5.) Welche Anreize / Sanktionen nutzt beispielsweise das Jobcenter bei den Kursanbietern, um den Erfolg / Misserfolg zu honorieren?

Die Ausführungen von Herrn Köhler zu den einzelnen Fragestellungen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Akyurt erklärt Ihre Anfrage damit für erledigt.

Es sprechen außerdem Frau Seeberger, Frau Borso, Frau Schwartz und Frau Zunft (zum Thema Kinderbetreuung).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 10.2 Die Situation der Lübecker Tafel
-Anfrage AM Michelle Akyurt-
Vorlage: VO/2018/05885**

Anfrage:

1. *Wie hoch ist die Zahl der Empfänger*innen von Lebensmittelspenden in Lübeck aktuell?*
2. *Wie hat sich die Anzahl der Bedürftigen in den vergangenen Jahren entwickelt?*
3. *Ist die Lübecker Tafel in der Lage, die Nachfrage nach Lebensmitteln zu decken?*
4. *Welche ergänzenden Hilfsangebote seitens der Stadt sind möglich bzw. geplant?*
5. *Wie stellt sich die Situation in Bezug auf evt. Konflikte zwischen Hilfe bedürftigen Deutschen und Hilfeempfängern mit Migrationshintergrund in Lübeck dar?*
7. *Welche Perspektiven kann die Stadt Betroffenen anbieten, um ihre Situation zu verbessern?*

Ich rege an, ein Mitglied der Tafel e.V. zu einer Sitzung des Ausschusses einzuladen, um die aktuelle Situation darzustellen.

Auf die Ausführungen zu TOP 10.2.1 wird verwiesen.

**zu 10.2.1 Antwort auf Anfrage "Die Situation der Lübecker Tafel" (Anfrage AM Michelle Akyurt)
Vorlage: VO/2018/05942**

Auf die Anfrage zu TOP 10.2 wird verwiesen.

Antwort auf Anfrage:

Es kann kein/e Vertreter/in der Lübecker Tafel an der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 08.05.2018 persönlich teilnehmen.

Die schriftliche Antwort wird daher hiermit zur Kenntnis gegeben.

Zu Frage 4: Welche ergänzenden Hilfsangebote seitens der Stadt sind möglich bzw. geplant?

Antwort:

Einen Zuschuss erhält die Lübecker Tafel von der Hansestadt Lübeck nicht. Dieses wäre eine freiwillige Leistung und somit nur von der Bürgerschaft zu beschließen. Dennoch unterstützt die Stadt das sehr wichtige Hilfeangebot der Lübecker Tafel ausdrücklich, auch z. B. in dem die Stadt bei der Suche nach Räumlichkeiten in der Vergangenheit behilflich war.

Zu Frage 7: Welche Perspektiven kann die Stadt Betroffenen anbieten, um ihre Situation zu verbessern?

Antwort:

Die Stadt bietet auf verschiedenen Ebenen Hilfsmöglichkeiten an, z. B. Beratungsangebote durch die Beratungsstelle für Erwachsene und Senioren oder Mitgestaltungsmöglichkeiten wie zuletzt bei den Zukunftscafé's für ältere Bürgerinnen und Bürger. Hinsichtlich der rein monetären Situation der Betroffenen wird auf die Regelsätze verwiesen, die regelmäßig angepasst werden.

Das Antwortschreiben der Lübecker Tafel vom 21.03.2018 zu den übrigen Fragen ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Akyurt erklärt, dass sich ihre Anfrage damit erledigt hat. Sie regt an, der Tafel im Namen des Ausschusses für die o.a. Ausführungen zu danken.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11	Anträge von Ausschussmitgliedern
--------------	---

zu 11.1	AT zu Antrag des AM Rolf Klinkel [GAL]: Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung [VO/2017/05453] Vorlage: VO/2017/05479
----------------	--

Antrag:

Der Sozialsenator wird gebeten dafür zu sorgen, dass die im Bereich Soziale Sicherung vorhandenen Informationen über die Gewährung von Sozialleistungen (allgemeine Bearbeitungshinweise ausschließlich für die Mitarbeiter*innen, die u. a. Regelungen zur Ausübung des Ermessens im Rahmen der Leistungsgewährung enthalten),

1. im Internet veröffentlicht werden; und
2. Antragsteller*innen der Zugang zu diesen Informationen ermöglicht wird.

Der Antrag wurde zurückgezogen (siehe TOP 3).

zu 12	Verschiedenes
--------------	----------------------

Herr Senator dankt den Mitgliedern des Ausschusses und den MitarbeiterInnen der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in der nunmehr abgelaufenen Wahlperiode.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die für den 05.06.2018 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen. Es gibt keine Tagesordnungspunkte.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet **am Donnerstag, den 05.07.2018, um 16.00 Uhr im Rathaus in der Großen Börse** statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 10. Juli 2018

Gez. Ingo Schaffenberg
Vorsitzender

Gez. Britta Bormann
Protokollführung